

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß)**

zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

zur vereinbarten Debatte zum Thema „Das soziale Europa“
– Drucksache 11/7284 –

A. Problem

Nach Ansicht der Fraktion der SPD hat die soziale Gestaltung des Binnenmarktes hohe Bedeutung für die Glaubwürdigkeit der europäischen Integration bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Gemeinschaft. Es bestehe Anlaß zur Besorgnis, daß bis zum 1. Januar 1993 eine ausgewogene wirtschaftliche und soziale Entwicklung nicht zustande komme. Die Bundesregierung solle aufgefordert werden, sich dafür einzusetzen, daß die Maßnahmen des Aktionsprogramms der Kommission zur Anwendung der Gemeinschaftscharta umgehend präzisiert werden und ihre Verabschiedung zeitgleich mit der Verwirklichung des Binnenmarktes 1993 ermöglicht wird. Ferner solle sie auf eine vorrangige Behandlung der Richtlinien über untypische Arbeitsformen drängen und einen Abbau der in der Bundesrepublik Deutschland erreichten Arbeitnehmerrechte verhindern. Schließlich solle sie für eine Gleichberechtigung der Sozialpolitik mit der wirtschaftlichen monetären Vollendung des Binnenmarktes bei zukünftigen Vertragsänderungen eintreten.

B. Lösung

Annahme eines aus den Beratungen des Ausschusses hervorgegangenen Antrages, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, bei den weiteren Beratungen im Rat die in der Beschlußempfehlung enthaltenen Vorschläge zu beachten.

Mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen.

Gleichzeitig empfahl der Ausschuß einmütig, den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD — Drucksache 11/7284 — für erledigt zu erklären.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. folgende EntschlieÙung anzunehmen:

„Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die soziale Gestaltung des Binnenmarktes hohe Bedeutung für die Glaubwürdigkeit der europäischen Integration bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Gemeinschaft hat. Die Entwicklung des Binnenmarktprozesses erfordert, daß es bis zum 1. Januar 1993 zu einer ausgewogenen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung kommt.

Der Deutsche Bundestag geht davon aus, daß

- die Prüfung der zu erwartenden und der noch im Rat anhängigen Texte zur sozialen Dimension zügig vorankommt;
- entsprechend den Erwartungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Gemeinschaft der vom Europäischen Rat in StraÙburg am 8./9. Dezember 1989 von 11 Mitgliedstaaten angenommenen „Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer“ verbindliche, einklagbare Rechte folgen;
- das von der Kommission zur Umsetzung der Gemeinschaftscharta vorgelegte Aktionsprogramm zur Vollendung der sozialen Dimension des Binnenmarktes bis zum 1. Januar 1993 beiträgt;
- der angekündigte Vorschlag zur Unterrichtung, Anhörung und Mitwirkung der Arbeitnehmer in grenzüberschreitend tätigen Unternehmen und zur Sicherung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in transnationalen Unternehmen demnächst vorgelegt wird;
- die neun Punkte für verbindliche Rechtsakte, die die Bundesregierung im Einvernehmen mit den Sozialpartnern vorgelegt hat (Jahresurlaub, Schutz von Kindern und Jugendlichen, Mutterschutz, Eingliederung Behinderter, Berufsberatung und Arbeitsvermittlung, Entgeltfortzahlung an Feiertagen und im Krankheitsfall, Gesundheitsschutz, Sicherheit am Arbeitsplatz, Arbeitnehmerüberlassung), in die Verwirklichung der sozialen Dimension einbezogen werden und die EG-Kommission entsprechende Vorschläge vorlegt.

Auch die anstehenden Regierungskonferenzen zur Vorbereitung der politischen Union müssen die Gestaltung des sozialen Europas in ihre Beratungen aufnehmen.

Der Deutsche Bundestag

- unterstreicht die hohe Bedeutung, die der Ausgestaltung des sozialen Europas für die Glaubwürdigkeit der europäischen Integration bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Gemeinschaft zukommt; er erinnert in diesem Zusam-

menhang an seine Entschließung vom 14. Dezember 1989
— Drucksache 11/5996 —;

- bekräftigt seine Überzeugung, daß es für den Erfolg des europäischen Integrationsprozesses entscheidend darauf ankommt, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu stärken und die bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte zwischen den Regionen in der Europäischen Gemeinschaft abzubauen, ohne daß in den Mitgliedstaaten erreichte soziale Standards und Arbeitnehmerrechte geschmälert werden und ohne daß bei der Gewährung von Sozialleistungen das Territorialprinzip dadurch verletzt wird, daß der Transfer solcher Sozialleistungen angestrebt wird, die nicht auf durch Beitragszahlungen erworbenen Anwartschaften beruhen.

Der Deutsche Bundestag

- würdigt insbesondere die Verdoppelung der Finanzmittel der EG-Strukturfonds bis 1993, mit der für die Jahre 1989 bis 1992 122 Milliarden DM eingesetzt werden;
- begrüßt, daß die Kommission ein Aktionsprogramm vorgelegt hat, um die in der Gemeinschaftscharta festgelegten Rechte in Gemeinschaftsrecht zu verankern;
- erwartet, daß die EG-Kommission bald zu den neun Punkten, die die Bundesregierung eingebracht hat, Vorschläge für konkrete soziale Mindestvorschriften vorlegt;
- nimmt zur Kenntnis, daß das Europäische Parlament die Kommission aufgefordert hat,
 - die im Aktionsprogramm angekündigten Maßnahmen möglichst rechtzeitig vorzulegen, damit sie bis zum 1. Januar 1993 verabschiedet werden können,
 - vorrangig als Gemeinschaftsinstrument Richtlinienentwürfe vorzusehen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich im Rat dafür einzusetzen, daß die Umsetzung der Gemeinschaftscharta durch das Aktionsprogramm mit der Verwirklichung des Binnenmarktes 1993 einhergeht;
- daß die Richtlinien über untypische Beschäftigungsformen, Kürzung und Gestaltung der Arbeitszeit, Schutz vor Massen- und Einzelentlassungen, Unterrichtung, Konsultation und Beteiligung von Arbeitnehmern in der gebotenen Gründlichkeit und Schnelligkeit beraten werden;
- zu verhindern, daß in der Bundesrepublik Deutschland erreichte Arbeitnehmerrechte im Zuge der Rechtsangleichung in der Gemeinschaft zurückgeschnitten werden; vielmehr ist die schrittweise Anhebung des Niveaus der anderen Mitgliedstaaten an das hier erreichte Niveau anzustreben;
- auf der Regierungskonferenz zur Vorbereitung der politischen Union dafür einzutreten, daß bei Vertragsänderungen die Gleichberechtigung der Sozialpolitik mit der wirtschaft-

lichen und monetären Vollendung des Binnenmarktes sichergestellt wird."

2. den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD — Drucksache 11/7284 — im übrigen für erledigt zu erklären.

Bonn, den 20. Juni 1990

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Frau Steinhauer

Amtierende Vorsitzende

Fuchtel

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Fuchtel

I.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD — Drucksache 11/7284 — ist in der 214. Sitzung des Deutschen Bundestages am 31. Mai 1990 dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung und dem Auswärtigen Ausschuß zur Mitberatung überwiesen worden. Der mitberatende Ausschuß hat in seiner Sitzung am 20. Juni 1990 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN einen inhaltlich gleichen Beschluß wie der federführende Ausschuß gefaßt. Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner 132. Sitzung am 20. Juni 1990 der vorstehend abgedruckten Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN zugestimmt.

II.

Die Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU betonten, daß man sich bemüht habe, gerade beim Thema soziales Europa zu einer gemeinsamen Beschlußempfehlung zu gelangen. Inhaltlich sei es darum gegangen, nochmals die soziale Dimension zu akzentuieren. In Anbetracht dessen, daß die Auffassung zur Auslegung des Artikels 118a bekannt sei und man davon ausgehe, daß man bei sozialen Fragen auf europäischer Ebene schon bald zu neuen Entscheidungsstrukturen kommen werde, habe man davon abgesehen, erneut zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Im übrigen bekräftige diese Beschlußempfehlung frühere Beschlüsse des Ausschusses. Zugleich habe man darauf verzichtet, die Empfehlungen an die Bundesregierung auf die Sitzung des Europäischen Rates in Dublin am 25./26. Juni 1990 zu begrenzen.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD unterstrichen, daß man sich in den Positionen soweit angenähert habe, daß eine gemeinsame Beschlußempfehlung möglich geworden sei. In dieser seien die in dem Entschließungsantrag ihrer Fraktion genannten Kritikpunkte insofern enthalten, als nunmehr Aufträge formuliert würden, die zukünftig wahrzunehmen seien. Obgleich dadurch der Akzent anders gesetzt werde, könne man der gefundenen Beschlußempfehlung zustimmen. Im Interesse einer gemeinsamen Beschlußempfehlung habe man insbesondere auf die Forderung verzichtet, sich bei der Verwirklichung des Aktionsprogramms soweit wie möglich auf die Artikel 100a und 118a zu stützen und vorrangig die in einer Entschließung des Europäischen Parlaments enthaltene Prioritätenliste zu verwirklichen. Im übrigen gehe man davon aus, daß die Beschlußempfehlung auch ohne konkrete Terminaussage beim Treffen des Europäischen Rates in Dublin für die Bundesregierung eine Orientierung darstelle.

Die Mitglieder der FDP begrüßten, daß man zu diesen europäischen Fragen einen sehr weitgehenden Konsens gefunden habe und man interessiert sei, daß neben der wirtschaftlichen Vereinigung Europas die soziale Dimension nicht zu kurz komme. Dies werde durch diese Beschlußempfehlung sehr eindrucksvoll unterstrichen.

Die Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN betonten, daß sie bei verschiedenen Gelegenheiten darauf hingewiesen hätten, daß man sich auf europäischer Ebene noch in einer vorkonstitutionellen Zeit befinde. Die Beschlußempfehlung sei zwar in sich nicht falsch, sei aber auch nicht so konzipiert, daß daraus Handlungsanweisungen für die Regierung hervorgingen. Daher werde man sich der Stimme enthalten.

Bonn, den 20. Juni 1990

Fuchtel

Berichterstatler

